

SCHLUSS MIT DEM WACHSTUMSWAHN

NULLWACHSTUM OHNE ARBEITSLOSIGKEIT IST MÖGLICH

HELMUT KNOLLE. HISTORISCHE BEISPIELE BEWEISEN, DASS EINE WIRTSCHAFT MIT NULLWACHSTUM UND VOLLBESCHÄFTIGUNG PRINZIPIELL MÖGLICH IST. WENN HEUTE DER ÜBERGANG ZUM NULLWACHSTUM DEN VERLUST VON ARBEITSPLÄTZEN ZUR FOLGE HÄTTE, SO GEHT DIES NUR AUFS KONTO DER STRUKTUR UNSERER WIRTSCHAFT, DIE SICH WÄHREND LANGER ZEIT AN DIE BEDÜRFNISSE DES WIRTSCHAFTSWACHSTUMS ANGEPASST HAT. WENN DIE NOTWENDIGE UMSTRUKTURIERUNG LANGFRISTIG VORBEREITET WÜRD, KÖNNTE DER ÜBERGANG ZUM NULLWACHSTUM OHNE SOZIALE HÄRTEN VERLAUFEN.

Entgegnung

Schon heute leistet die Bevölkerung in der reichen Schweiz mehr Erwerbsarbeit als in den übrigen europäischen Staaten. Die Meinung, wir müssten noch mehr arbeiten und die Wirtschaft müsse noch stärker wachsen als bisher, um die Renten zu finanzieren, stützt sich auf die Prognosen über die «Bevölkerungsentwicklung in der Schweiz von 2000 bis 2060». Laut diesem «Trend-Szenario» sinkt der Anteil der Erwerbstätigen pro rentenberechtigte Person im Alter ab 65 Jahren von heute 3,6 auf 2,2 Erwerbstätige im Jahr 2040. Mit andern Worten: Die Erwerbsbevölkerung müsste mit ihren Abgaben langfristig 40 Prozent mehr Rentnerinnen und Rentner unterstützen als im Jahr 2000.

Dieses Schreckensszenario lässt aber das Wesentliche ausser Acht: Die Erwerbsbevölkerung muss nicht nur Pensionierte unterstützen, sondern auch alle andern Nicht-Erwerbstätigen, insbesondere Kinder und Jugendliche bis zum Ende ihrer Ausbildung. Macht man diesen umfassenden und damit korrekten Vergleich, so schrumpft die viel zitierte «Demografiefalle» bereits um die Hälfte, weil der Anteil der Kinder und Jugendlichen abnimmt. Die Mehrbelastung der Erwerbstätigen wird im Jahr 2040 aber noch kleiner sein als zwanzig Prozent. Denn ein erwerbsloses Kind in Ausbildung kostet die Erwerbstätigen mehr als eine Person im Rentenalter.

Das Szenario, dass die Erwerbstätigen künftig für mehr Rentnerinnen und Rentner aufkommen müssen, verliert also viel von seinem Schrecken. Es bleibt allerdings die Frage, auf welche Art wir die Renten künftig sichern wollen. Leute im Rentenalter verfügen in der Schweiz insgesamt über einen grossen Reichtum. Diesen gilt es gerechter zu verteilen. In unserem Buch machen wir einen konkreten Vorschlag dazu.

Urs P. Gasche ist freier Wissenschaftsjournalist und Sachbuchautor mit Schwerpunkt Gesundheit, Umwelt, Konsumentenschutz und Marktversagen. Zehn Jahr lang leitete er die Fernsehsendung «Kassensturz».

Hanspeter Guggenbühl ist freier Journalist mit Schwerpunkt Umwelt-, Verkehrs-, Energie- und Wirtschaftspolitik. Er arbeitet für Schweizer Zeitungen und ist Mitautor von mehreren Sachbüchern.

Die Angst vor dem Verlust von Arbeitsplätzen verhindert immer wieder ökologisch sinnvolle Regelungen und Massnahmen. Trotz der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko fand US-Präsident Obama keine Mehrheit für seine klimapolitischen Ziele, weil die Amerikaner fürchten, dass ein höherer Erdölpreis das Wachstum der US-Wirtschaft behindern und ihnen damit Arbeitsplätze wegnehmen könnte. Auch bei uns hört man immer wieder, dass die Wirtschaft wachsen müsse, um eine ausreichende Zahl von Arbeitsplätzen anbieten zu können. Im Gegensatz dazu vertrete ich die These: Nullwachstum ist mit Vollbeschäftigung verträglich. Die heute herrschende ökonomische Lehrmeinung behauptet zwar das Gegenteil, aber es gab in der Vergangenheit und gibt heute wieder ökonomische Theorien, die meine These unterstützen.

Voraussetzung dafür, dass eine Wirtschaft überhaupt wachsen kann, ist die Fähigkeit, einen Überschuss zu produzieren, d.h. sie muss mehr produzieren können als in den Produktionsprozess eingesetzt wird. Schon im Altertum und im Mittelalter hat die Wirtschaft vieler Länder Überschüsse hervorgebracht. Diese wurden jedoch beim Bau von Pyramiden, Tempeln, Kirchen und Schlössern sowie im Luxuskonsum der herrschenden Klassen verbraucht. Die Idee, den Überschuss nicht zu konsumieren, sondern systematisch in die Erweiterung des Produktionsvolumens zu investieren, kam erst in der Renaissance auf und erhielt durch den Calvinismus sogar religiöse Weihen. «Die Ermahnung zu beständiger fleissiger Arbeit, verbunden mit der Einschränkung

der Konsumtion und des Luxus, bewirkte eine Tendenz zu steigender Kapitalbildung, die ihrerseits wieder zu immer gesteigertem Umschlag nötigte.» (Ernst Troeltsch) Das erstarkende Bürgertum verschrub sich der Idee des Wachstums, während der Adel auf seinen Luxus nicht verzichten wollte und damit das Wachstum behinderte.

Der französische Arzt François Quesnay lernte bei seinen Patienten, die dem Hochadel angehörten, die Lebensweise dieser Klasse kennen. Im Alter widmete er sich ökonomischen Studien. Sein «Tableau économique», das auch von Marx sehr geschätzt wurde, ist ein Modell der Wirtschaft Frankreichs vor der Revolution von 1789. Es beschreibt die wechselseitige Abhängigkeit der beiden Wirtschaftszweige Landwirtschaft und Handwerk (Industrie). Zusammen verbrauchen diese jedes Jahr Nahrungsmittel, Rohstoffe und Handwerkerware im Wert von 5 Millionen Livres, aber sie produzieren damit Güter im Wert von 7 Millionen Livres. Der Überschuss von 2 Millionen Livres geht an den König und die adeligen Grundbesitzer, die nichts produzieren, aber von den Bauern Nahrungsmittel und von den Handwerkern Luxusgüter beziehen.

Diese Wirtschaft wächst nicht, weil der ganze Überschuss für den Konsum der unproduktiven Adeligen verwendet wird, aber alle Leute ausser den Adeligen haben Arbeit mehr als genug. Dies ist also ein historisches Modell einer Wirtschaft ohne Wachstum und mit Vollbeschäftigung. Wir wollen natürlich nicht das Rad der Geschichte zu-

rückdrehen, aber man sieht leicht, wie das Modell an eine demokratische Gesellschaft angepasst werden kann. Es genügt sich vorzustellen, dass der Überschuss nicht mehr vom Adel, sondern von den Bauern und Handwerkern konsumiert wird.

Die Ideen von Quesnay waren auch dem schottischen Ökonomen Adam Smith bekannt. In seiner berühmten «Untersuchung der Natur und der Ursachen des Reichtums der Nationen» hat er die Unterscheidung von produktiver und unproduktiver Arbeit eingeführt und mit der Frage nach den Bedingungen des Wachstums verknüpft. Produktiv war für Smith die Arbeit in Fabriken, weil sie einen Wert hervorbringt, unproduktiv war die Arbeit der Dienstboten, die keinen Wert hervorbringt. Aber auch die Arbeit der Soldaten, Beamten, Juristen, Schriftsteller, Schauspieler und Musiker stufte Smith als unproduktiv ein.

Anschliessend reflektiert Smith darüber, wie viel unproduktive Arbeit eine Gesellschaft sich leisten kann und wie diese das Wachstum beeinflusst: «Produktive und unproduktive Arbeiter und jene, die überhaupt nichts tun, alle leben sie gleichermaßen von dem Jahresertrag aus Boden und Arbeit eines Landes. [...] Je nachdem, wie viel davon in irgendeinem Jahr für den Unterhalt der Unproduktiven verwandt wird, ist der Rest für die produktive Bevölkerung höher oder niedriger und der Ertrag im nächsten

Jahr entsprechend grösser oder geringer.» Deshalb gilt: Das Wachstum kommt zum Stillstand, wenn genügend viele Arbeitskräfte mit unproduktiver Arbeit beschäftigt werden.

Seit Jahrzehnten nimmt bei uns der Anteil der in der Industrie Beschäftigten ab, und der Anteil der Dienstleistungsberufe nimmt zu. Die Dienstleistungen umfassen heute so unterschiedliche Bereiche wie Müllabfuhr, Marketing, Vermögensverwaltung, medizinische und paramedizinische Dienste, Erziehung und Bildung sowie die kulturellen Dienstleistungen. Viele dieser Tätigkeiten sind unproduktiv im Sinne von Adam Smith, was jedoch nicht als Werturteil verstanden werden soll. Unter den unproduktiven Dienstleistungen gibt es wertvolle, wertlose und schädliche. Die Politik müsste diejenigen Dienstleistungen fördern, die uns dem Ideal einer humanistischen und kulturell hoch entwickelten Gesellschaft näher bringen.

Wenn also eine Wirtschaft mit Nullwachstum und Vollbeschäftigung prinzipiell möglich und erstrebenswert ist, dann stellt sich die Frage: Warum gibt es in unserer Gesellschaft so starke Widerstände dagegen?

Dazu ist zu sagen, dass der Übergang zum Nullwachstum eine Änderung der Wirtschaftsstruktur notwendig machen würde. In einer wachsenden Wirtschaft werden

immer neue Bürogebäude, Industrieanlagen und Verkehrswege gebaut. In einer stationären Wirtschaft wäre diese Bautätigkeit überflüssig. Deshalb wehren sich die Bauindustrie und ihre Zulieferer hartnäckig gegen das Nullwachstum, und da sie grossen politischen Einfluss haben, tun sie es mit Erfolg. Ein prominentes Beispiel ist der Unternehmer und jetzige Bundesrat Schneider-Ammann, der Strassenbaumaschinen herstellt und an dem Baukonzern Implenia beteiligt ist (Der Bund, 11.9.2010). Die Bauindustrie müsste ihre Kapazitäten erheblich reduzieren, und viele Bauarbeiter müssten umgeschult werden, wenn das Nullwachstum ohne soziale Härten erreicht werden soll. Die Bauindustrie, besonders der Strassenbau, zieht an einem Strang mit der Autolobby, die ebenfalls unaufhörlich für Wachstum eintritt. In einer Wirtschaft mit Nullwachstum müsste auch der Anteil der Beschäftigten, die vom Autobau abhängig sind, zugunsten der Tätigkeit in anderen Bereichen reduziert werden. Die Bereiche Bildung, Gesundheit, Biolandwirtschaft und Kultur müssen ausgebaut, Strassenbau und Industrieproduktion zurückgefahren werden.

Helmut Knolle ist Mathematiker. Er widmet sich seit vielen Jahren historischen und ökonomischen Studien. Er ist Autor des Buches «Und erlöse uns von dem Wachstum», das im Oktober 2010 im Verlag Pahl-Rugenstein, Bonn, erschienen ist.

